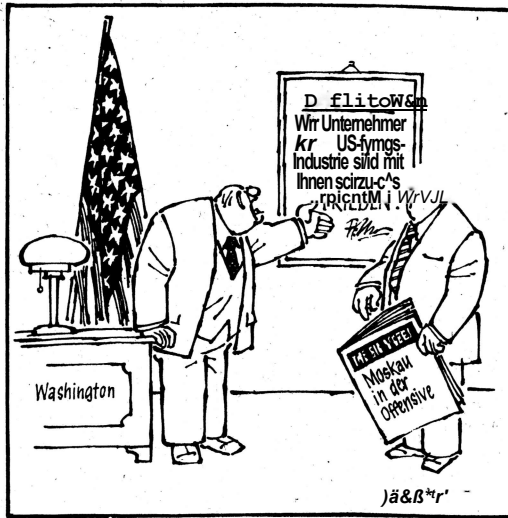


gie um das Drei- bis Vierfache des Verbrauchs während der gesamten bisherigen Geschichte der Menschheit steigern wird. Dabei ist der Zeitpunkt der Erschöpfung bestimmter nichtregenerierbarer Rohstoffe, vor allem der wichtigsten Energieträger Erdöl und -gas, sowie der traditionellen Vorkommen zahlreicher Mineralien auf dem Festland bereits heute absehbar. Es gilt also, große finanzielle Mittel bereitzustellen, um neue Energiequellen zu entwickeln, die an Nahrungsmitteln und Rohstoffen reichen Weltmeere zu erschließen und die zivile Raumfahrt noch stärker in den Dienst der Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation zu stellen.

Eine Frage ersten Ranges ist die Sicherung des ökologischen Gleichgewichts und des Erhalts der natürlichen Umwelt. Die für den Menschen lebenswichtigen grundlegenden Umweltbedingungen sind in bestimmten Gebieten unserer Welt bereits beträchtlich geschädigt. Eine Hauptursache dafür war und ist in erster Linie rücksichtsloses Profitstreben kapitalistischer Monopole. Aber auch unzureichende Erkenntnisse und Einblicke in die Zusammenhänge unserer natürlichen Umwelt haben zu Problemen geführt, die - wie Genosse Gorbatschow feststellte - „jetzt im nationalen Rahmen schon nicht mehr zu lösen sind“. Die Bewältigung all dieser globalen Probleme erfordert den konzentrierten Einsatz materieller, finanzieller und wissenschaftlich-technischer Ressourcen, für, die es in der heutigen Welt praktisch nur eine Quelle gibt: die Beendigung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung. Es ist angesichts der tödlichen Gefahren, die von der imperialistischen Hochrüstung für die Menschheit ausgehen, nur allzu logisch - und die Aktionen in aller Welt gerade in jüngster Zeit beweisen das nachdrücklich -, daß sich das Weltgewissen wie nie zuvor gegen die wahnwitzige



„Sehen Sie, bei uns wird Frieden auch groß geschrieben.“

Zeichnung: J. Neuberger, entnommen aus LR

US-amerikanische Politik der Hochrüstung und Konfrontation erhebt. Der Druck der Friedenskräfte auf die aggressivsten Kreise des Monopolkapitals und ihre politischen Interessenverwalter hat weltweit zugenommen. Selbst bedeutende Teile der Bourgeoisie erkennen, daß heute Sicherheit nicht mehr errüsted werden kann, daß mehr Waffen nicht mehr Sicherheit bedeuten, sondern die Spannungen erhöhen.

Mit anderen Worten: Sicherheit ist nur miteinander möglich. In dem „Appell aus Harare“ rufen die Vertreter von rund 100 nicht-paktgebundenen Staaten und Befreiungsbewegungen die USA und die UdSSR dringend auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um das Wettrüsten zu beenden und die Gefahr eines nuklearen Krieges von der Menschheit abzuwenden. Der Kampf um den Frieden wird als die Hauptaufgabe unserer Zeit bezeichnet. Es gelte - so der Appell -, alle Anstrengungen zur Minderung der bestehenden Spannungen und zur Förderung eines Klimas des Vertrauens in der Welt zu unternehmen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege wäre ein Abkommen über ein Moratorium für Nukleartests. Diese klare, auf Sicherung des

Friedens und Beendigung des Wettrüstens gerichtete Politik der nichtpaktgebundenen Staaten zeigt ebenso wie die immer breiter werdende Bewegung innerhalb der kapitalistischen Staaten gegen die Hochrüstungspolitik Washingtons, daß die Kräfte der Vernunft und des Realismus gewillt und fähig sind, dem friedensgefährdenden Vormacht*streben der aggressivsten imperialistischen Kreise Einhalt zu gebieten.

Die Sowjetunion hat die Tür für eine friedliche Zukunft der Menschheit aufgeschlagen - mit ihren Vorschlägen zur Einstellung aller Kernwaffenversuche, zu einer atomwaffenfreien Welt, zum Verbot der chemischen Waffen, zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen, zur Schaffung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit. Sie ist zu jeder radikalen Maßnahme bereit, die dem Frieden dient.

Mit diesen, konstruktiven, der Sicherheit beider Staaten gerecht werdenden Vorschlägen zur Abrüstung und Entspannung hat die Sowjetunion erneut ihren Friedenswillen unter Beweis gestellt.

Werner Flach
Hauptabteilungsleiter
im Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR